

Er scheint täglich außer Montag, Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Bestellungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6169.

# Vorwärts

Inscriptions-Gebühr beträgt für die fünfjährigen Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Amt VI, Nr. 4106.

# Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 19. November 1891.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

## Zu den Berliner Stadtverordneten-Wahlen.

Der Sieg des ziel- und klassenbewußten Proletariats bei den vorgestrigen Stadtverordneten-Wahlen hat unter den bürgerlichen Parteien aller Schattirungen eine förmliche Panik, Schrecken und Entsetzen hervorgerufen.

Verstummt sind die Rufe von einer Spaltung in der sozialdemokratischen Partei, die noch vor wenigen Wochen und Tagen die bürgerliche Presse erfüllten: vor dem gescheiterten Ansturm des Proletariats hielt die Lüge nicht Stand, vor der vollzogenen Tatsache eines glänzenden sozialdemokratischen Sieges verstummte man; der Schrecken hatte die sonst so rührigen Federn gelähmt, und bis jetzt noch hat ein großer Theil der „gutgesinnten“ Presse keine Worte gefunden, die eigene Niederlage einzugestehen.

Die Wahlen in der dritten Abtheilung zur Stadtvertretung haben allein politischen Werth. In den beiden ersten Abtheilungen bleiben die Bourgeois ganz unter sich, hier plagen nie die Geister aufeinander, man vertheilt die Sitze des städtischen Parlaments an solche Kandidaten, die „durch Besitz und Bildung“ bevorzugt, bis in die letzte Ader von ihrem Kastengeist erfüllt und absolut Bourgeoisinteressen zu wahren gewillt sind. Nur in der dritten Abtheilung hat auch die arbeitende Bevölkerung mitzusprechen, und daß diese gewillt ist, die Vertretung ihrer Interessen thatkräftig in die Hand zu nehmen, das haben unzweifelhaft die Wahlen gezeigt.

Das arbeitende Volk hat sich losgesagt von der freisinnigen Majorität, die einestheils unfähig ist, dem Arbeiter das zuzugestehen, worauf er ein unbestreitbares Recht hat, andererseits aber auch nicht gewillt ist, freiwillig auch nur auf das geringste ihrer Klassenrechte zu verzichten. Die vielgerühmte freisinnige Stadtverwaltung hat es nicht vermocht, sich die Sympathie des arbeitenden Volkes zu erringen. Wer den Gang der Verhandlungen im rothen Hause seit der Zeit, wo es uns gelungen war, Vertreter in das städtische Parlament zu entsenden, verfolgt hat, der mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß von Seiten des Bürgerthums nichts geschah, um den unabweisbaren Bedürfnissen des Proletariats, die in wiederholten Anträgen der Majorität immer wieder vor Augen geführt wurden, zu genügen. Die schweren Zeiten, in denen wir leben und deren uns wahrhaftig noch schwerere bevorstehen, werden von der herrschenden Mehrheit nicht nur nicht anerkannt, sondern sie werden sogar in einer Weise abgelehnt, die bei den Massen selbstverständlich nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Anstatt dem Drängen der darbenenden Bevölkerung nach-

zugeben, anstatt wenigstens den guten Willen zu zeigen, die Schäden, welche eine verfehlte und verkehrte Gesetzgebung ausschließlich auf die Schultern des arbeitenden Volkes gewälzt hat, nach Kräften auszugleichen, verweist man das hungernde Proletariat auf das sinnige Fleisch, welches für die besitzenden Klassen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet angesehen wird, und diese Großthat preist der deutsche Freisinn in den ihm zugänglichen Blättern noch obendrein als ein hervorragendes Verdienst der Bourgeoismajorität im rothen Haus! Es ist selbstverständlich, daß dieses Vorgehen als ein Hohn auf den Nothstand aufgefaßt werden mußte, und der Protest, der vorgestern hiergegen ertönte, dürfte laut genug gewesen sein, um auch verhärteten und eingeheilten Bourgeois gezeigt zu haben, daß die Bevölkerung Berlins ernstlich mit den bisher bestehenden Regierungsmaximen der liberalen Mehrheit aufzuräumen gewillt ist.

Zu dieser wirtschaftlichen Unfähigkeit kam nun noch die elendeste Kriecherei auf politischem Gebiet. Man fürchtete, wenn man den sozialdemokratischen Anträgen stattgab, nach oben hin anzustoßen, und das wäre für die sich liberal nennenden und bei passenden Gelegenheiten so aufspielenden Stadtverordneten das Gefährlichste und Unangenehmste gewesen, was ihnen zustößen konnte. Es ist unnötig, an die vielen Charakteristika zu erinnern, die noch in Jedermanns Gedächtniß sind, und die häufig genug danach angehan waren, den Spott weiter Bevölkerungskreise wachzurufen. Nach der ganzen Entwicklung unserer Verhältnisse kann es nicht Wunder nehmen, daß das Empfindungsvermögen unserer Bourgeois für lakainenhafte Behandlung in politischer Beziehung nahezu abgestorben ist — das Bürgerthum wird nur empfindlich, wenn man ihm an den Geldsack geht. Es ist daher möglich, daß es den Vertretern der Stadt Berlin bisweilen garnicht klar geworden ist, welche Rolle sie eigentlich spielten: das konnte aber die Sozialdemokratie nicht hindern, energisch zu betonen, daß in die Vertretung einer Kommune, wie sie Berlin ist, Demokraten und keine Hoffschwänze gehören.

Haben wir durch die vorgestrige Wahl dem deutschen Freisinn gezeigt, wie die Sozialdemokratie über ihn und seine Maximen denkt, so ist in dem Gefecht das konservative, mordspatriotische Element, welches sich ebenfalls in die Stadtvertretung zu drängen suchte, nahezu vernichtet worden.

Die sogenannte Bürgerpartei ist ein echtes Machwerk bismärckischer Politik. In einem sogenannten Bürgerverein fiel das freche Wort des Grafen Wilhelm Bismarck von der Hundesperre, die dem Berliner Volke unangenehmer sei als das Ausnahmengesetz.

In den Bürgervereinen erblickten die Stöcker, Crämer und wie die verflochtenen und verschollenen Größen des preussischen Unteroffiziers-Patriotismus sonst noch hießen, die Cadres ihrer Heerschaaren, hier wurde Alles eingefangen, was auf Bismarck schwor und was die Beherrschung von zweierlei Tuch für das Ideal des beschränkten Unterthanenverstandes hielt. Daß die brutalbornierte antisemitische Bewegung hier unter dem mächtigen Schirm des „größten Staatsmannes“ aller Zeiten zu einem qualmenden Feuer angeblasen wurde, ist bekannt. Mit dem Krach des „größten Staatsmannes“ ist diese seine Gründung mit verkracht. Die armseligen Trümmer, die übrig geblieben sind, waren nicht in der Lage, dem Massenansturm des Proletariats Widerstand zu bieten — versunken und vergessen!

So hat das Proletariat gezeigt, daß es nach zwei Seiten hin anzugreifen und zu siegen versteht. Es war ein mächtiger Protest gegen die bestehenden Zustände, die dem arbeitenden Volke nicht mehr gestatten, ein menschenwürdiges Dasein zu führen — es war ein Warnungsruf für die Besitzenden. Uns aber soll der Sieg ein Ansporn sein zu neuen Thaten, er soll uns nicht einschläfern: wir haben keine Zeit, auf unseren Lorbeerern auszuruhen, sondern wir müssen fortschreiten auf unserer Bahn, deren Ziel die endgiltige Befreiung des Klassenstaates ist.

## Republik und Kapitalismus.

Was Nordau hat in seinen „konventionellen Lügen“ die Entbedung gemacht, die republikanische Staatsform sei heute das nicht mehr, was sie einstmal gewesen. Für Manche war das neu, für uns nicht. Das kapitalistische Zeitalter hat mit seiner Korruption auch die Republik angegriffen. Wir schätzen die Vorzüge einer republikanischen Regierung und Verwaltung; so lange aber die Republik als Klassenstaat erscheint, kann sie keine wahrhaft demokratische sein. Diese Wahrheit tritt grell hervor in den beiden großen republikanischen Gemeinwesen von Frankreich und von Nordamerika.

Die „Enkel Washington's“ haben ohne Zweifel die große Union nicht im Geiste ihres berühmten Stiefvaters aufgebaut. Als Washington starb, ließ er seine Sklaven frei; seine Landsleute wollten aber den Sinn dieses Vermächtnisses nicht verstehen, und so mußte erst nach mehr als sechzig Jahren durch einen mörderischen Krieg die Sklaverei beseitigt werden. Die Verfassung der Union, in der die Gleichheit aller Menschen ausgesprochen ist, hat nicht verhindern können, daß die große Republik die Beute zweier Parteien wurde, die nur zwei feindliche Interessengruppen innerhalb der Kapitalistenklasse sind und denen es bis jetzt gelungen ist, die große Masse in ihr Schlepptau zu nehmen.

Diese Parteien, die sich abwechselnd im Besitz der Staatsgewalt befinden, betrachten den Staat als eine milchende Kuh. Die Wahlen entscheiden, wer zu melken hat. Nach dem Siege verdrängt die siegreiche Partei alle Anhänger der Besiegten aus-

wuchs dieses Erstaunens, als er auf das weiße Papier große Thränen niederrollen sah.

Michel Ferrand weinte. Dieser heitere, lebhaft und bescheidene Soldat, der sich so entschieden und heldenmüthig der revolutionären Sache angeschlossen hatte, dem weder das Pfeifen der Kugeln, noch der dumpfe Donner der Kanonen die Geistesgegenwart rauben konnte, schien einem bohrenden Schmerz unterlegen zu sein.

Michel dachte an Charlotte und an seine Liebe zu ihr. Von letzterer wußte niemand etwas und sie wuchs um so mehr, als das Herz des jungen Mädchens einem andern gehörte und zwischen ihm und ihr eine unübersteigliche Schranke bestand.

Seitdem er die Wohnung der Rue Julien-le-Pauvre verlassen hatte, schwebte ihm beständig das reizende Bild Charlottens vor. Er hatte vergeblich versucht, dieser Vision zu entrinnen; es gelang ihm nicht, und er duldete daher tausend Qualen.

Wenn sie den Abend bei seiner Mutter mit Larrette und Miquet zu verleben kam, dann durfte er nur ihre zarte, lichte Gestalt auf der Schwelle der Thür erscheinen sehen, in der sie mit dem tiefen Schatten der dunklen Straße wunderbar kontrastirte, um sein Herz laut und in immer schnelleren Schlägen pochen zu fühlen. Er hatte das Gefühl, als ob er sterben sollte, und dasselbe wirkte solange drückend und lähmend auf ihn, bis Charlotte wieder ging. Mit seinem Blicke umfaßte er dann noch einmal ihr lachendes Antlitz und seine großen Augen, welche einen tiefen Schmerz widerspiegelten, folgten ihr.

Er hatte sich vergeblich Mühe gegeben, diese Liebe zu unterdrücken, aber sie loberte immer wieder auf. Da

## Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

(71)

### Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Auch Marche-Seul hatte sich der Thür genähert; er wollte wissen, wie es mit dem Kranken stand und fragte daher den Arzt:

— Ist die Wunde gefährlich?  
— Ja, sehr gefährlich, erwiderte dieser, er wird wahrscheinlich das Auge verlieren. Jedenfalls wird er das Bett wenigstens vierzehn Tage hüten und sehr vorsichtig sein müssen.

Marche-Seul war sehr befriedigt, er hatte nun die Gewißheit, daß Collard in dieser Zeit seine Frau nicht sehen und seine Pläne nicht durchkreuzen konnte.

Er konnte ruhig fortgehen; die beiden Männer, welche in dem Zimmer waren, folgten ihm.

Mutter Jabouille blieb allein bei dem Kranken; sie brante vor Belangen, ihre Portierloge aufzusuchen und dort ihren Bekannten all die interessanten Neuigkeiten zu erzählen.

Als es neun Uhr schlug, langte Marche-Seul wieder in der Rue Segur an. Im Begriff, seine Schritte nach dem Quai zu richten, befaß er sich und sagte, die Stirn weidend!

— Aber ich muß doch Michel Ferrand benachrichtigen. Es ist dies um so notwendiger, damit er heut Abend nicht fortgeht und wenigstens weiß, was bei ihm vorgeht.

Mit diesem Gedanken bogab er sich nach der Rue St. Placide.

Als er vor dem Laden des Uhrmachers ankam, schien Michel mit der Loupe im Auge äußerst sorgfältig eine auseinander genommene Uhr zu untersuchen.

Mit gebeugtem Kopf saß er vor seinem Arbeitstisch. Große Bogen weißen Papiers waren darauf ausgebreitet und auf denselben standen zahlreiche Glasglocken, unter denen man die reparirten und noch zu reparirenden Uhren sah. In dem Schaufenster des Ladens waren Ketten, Uhren von Kupfer oder Gold und tausend andere Dinge zu sehen, welche man in den bescheidenen Auslagen der Uhrmacher sieht, die nur für das Volk und das kleine Bürgerthum arbeiten.

Michel's Mutter war abwesend; sie war ausgegangen, um Einkäufe für die Küche auf dem Markt St. Germain zu machen. Als Marche-Seul in den Laden eingetreten war, bemerkte er mit Erstaunen, daß sein Freund sich nicht rührte und er nicht einmal der Mühe werth hielt, seinen Kopf zu erheben um zu sehen, wer da war.

Auf den ersten Blick bemerkte Marche-Seul, daß Michel in Gedanken vertieft war, welche sicher nichts mit der Uhr zu thun hatten, die er mit der größten Sorgfalt zu prüfen sich den Anschein gab. Marche-Seul war ein feiner Beobachter und weit besserer Psychologe als viele Schwärmer, welche über das „Ich“ auf den Kathedern der Universitäten oder in biden Wänden sich ausprechen, die Niemand liest und welche sie selbst oft nicht verstehen. Michel's Blicke, gewöhnlich so offen und fröhlich, waren traurig, so traurig, daß man mit ihm Mitleid haben mußte.

Wenn Marche-Seul schon darüber erstaunt war, so



den Staatsstellen, um die Lehren mit Anhängern der Sieger zu versehen. So entscheidet hier die politische Stimmung und die Parteigängerschaft darüber, wer an die große Staatskrippe gelassen wird und wer nicht.

Diese von einer habgierigen und ganz im Nihilismus verankerten Bourgeoisie dem Staatskörper eingepflanzte Korruption muß selbstverständlich alle Säfte vergiften. Und so kommt es, daß die republikanischen Freiheiten in einem solchen Gemeinwesen zwar an sich dieselben bleiben, aber im Zusammenhang mit der kapitalistischen Korruption in ihrem Werte sinken müssen. Das Parteileben hat in der großen Union das Erwerbsleben zu einem wilden und menschenunwürdigen Wettlauf, zu einer schamlosen Jagd nach Gewinn gemacht. Wer in diesem wilden und schrecklichen Getümmel zu Boden getreten wird, dem können alle republikanischen Freiheiten der Welt nicht mehr empfehlen.

Viele redlichen Männer haben schon gegen diese Korruption angelämpft, aber die Parteien haben mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, daran festgehalten. Der Präsident Garfield ist ein Opfer seines Kampfes gegen die Korruption geworden. Zur Zeit hat der Republikanismus in der großen Union eine Höhe erreicht, wie schon lange nicht mehr. Präsident Harrison hat sich nicht geschämt, seine Präsidialgewalt zur Verfolgung seiner ganzen zahlreichen Verwandtschaft zu missbrauchen und hat alle seine Vettern und Nichten, seine ganze Sippe bis ins siebente Glied an die Staatskrippe gesetzt. Wieder eine schöne Beleuchtung des Bourgeois-Patriotismus! Solch' einem Yankee von echtem Schrot und Korn kommt es nicht darauf an, sein Vaterland einer Blamage ohne Gleichen auszuweisen, wenn er sich in einer Schaar von reichlich gefüllten Verwandten dienliche Kreaturen heranzüchten kann.

Das Schlimmste ist, daß die Nachbader zweiten und dritten Ranges auch alle Scham und Scheu von sich werfen, wenn das Staatsoberhaupt mit einem solchen Beispiel vorangeht. Im Kriegsdepartement ist z. B. ein Sohn des Generalanwalts Miller versorgt worden. Da nun der Hilfs-Kriegsminister Grant auch einen zu versorgenden Sohn hatte, so brachte der dankbare Generalanwalt diesen in seinem Justizdepartement unter. Gewisse Beamte können sich Privatsekretäre auf Staatskosten halten und so stellen sie häufig ihre eigenen Söhne oder Töchter als Privatsekretäre an, damit der ausgeworfene Betrag für diese Stellung auch hübsch „in der Familie“ bleibt. So ist z. B. sogar der Sohn des Bundesstaatssekretärs der Sekretär seines gebrüderlichen Vaters. Ein frommer Indianerkommissar hat seine eigene Frau zu seinem Privatsekretär ernannt. So kommen mehrere Wohlthäter in die gleiche Familie und wäscht eine Hand die andere.

Die ursprünglich reinen Institutionen der Republik sind mit dem Schlamme der kapitalistischen Korruption bedeckt.

So lange die kapitalistischen Parteien am Ruder bleiben, wird dies nicht anders werden, da alles Scham- und Gerechtigkeitsgefühl bei diesen Parteien längst wüthig erstickt ist. Das kann nur anders werden, wenn ein solcher Zustand die Massen des Kapitalismus und der bürgerlichen Pöbeln hinwegweht. Dieser frische Luftzug aber ist der Sozialismus, der den rohen Individualismus des Yankeeismus zu verdrängen bestimmt ist und der aus der großen Republik erst ein wohlthätiges und behagliches Gemeinwesen machen kann. Zu Vollstreckern dieser geschichtlichen Nothwendigkeit aber sind die amerikanischen Arbeiter anderszusehen, die früher oder später sich einer Massenbewegung zusammenschließen und dann unter den freien republikanischen Formen um so leichter die Macht des Kapitalismus brechen werden.

So sehr unsere Sympathien bei der großen Republik sind, so wenig dürfen wir uns über die Verunstaltungen täuschen, die der Kapitalismus an ihrem Leibe angerichtet hat. Sie wird erst im Sozialismus gefunden, der dort drüben einmal mit amerikanischer Schnelligkeit die ganze Gesellschaft durchdringen und alle ihre Formen ausfüllen wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. November.

**Die Schuldenlast des Reichs** wächst im raschesten Tempo. Die soeben dem Reichstage vorgelegte Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze ergibt einen Anleihekredit von 1 611 733 763 Mark, von denen noch 139 579 887 M. zu begeben sind. Inzwischen ist dem Reichstage der Entwurf eines neuen Anleihegesetzes vorgelegt, in welchem für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen 146 448 822 M. verlangt werden. Damit würde dann die Schuldenlast des Reichs auf 1 758 182 585 Mark gestiegen sein. Fast diese ganze Summe fällt den Ausgaben für das Heer zur Last, und ein Stillstand auf der Bahn der Schuldenbelastung ist nicht abzusehen.

Qualen, welche sein Herz brachen, waren für ihn zum Bedürfnis, zum bitteren Vergnügen geworden.

In dem Augenblick, in welchem Marche-Seul eingetreten war, dachte Michel an Charlotte und meinte um sie wie ein Kind. Seine unruhige Mutter hatte versucht, ihn auszufragen, um zu erfahren, welcher Kummer ihn so traurig und träumerisch machte, es war aber alles vergebens gewesen.

Die Liebe zu ihrem Sohne war so groß, sie hätte ihn so gerne trösten wollen, aber sie erhielt auf alle ihre Fragen keine Antwort.

Die Lippen ihres Sohnes blieben trotz des heißen mütterlichen Kusses, den sie dann jedesmal auf seine Stirn drückte, stumm. So herrschte dann in dem Laden des Uhrmachers düsteres Schweigen, die Trauer war eingezogen und warf ihren dunklen Schleier über alles. Michel's Thätigkeit wollte sich nicht wieder beleben, seine große Lebhaftigkeit, welche er früher in den Versammlungen oder Klubs zeigte, sobald ihn das politische Fieber erfaßte, war verschwunden.

In solchen Augenblicken hatte sein gewöhnlich verschleiertes Auge geblinzelt, es schien unter den zusammengezogenen Brauen aufzuleuchten. Die Stimme, welche einem herzlichen Körper zu gehören schien, hatte dann den sonoren Klang eines gereiften, starken Mannes gehabt. Wenn er dann erzählte hörte von dem Glende des Volkes, von der Habgier und dem Lug und Trug der Bourgeoisie und ihrer käuflichen Minister, da schüttelte ihn ein Schauerfrost, dann konnte er seine Liebe vergessen. Charlottens Bild verschwand dann für kurze Zeit.

Er dachte nur noch an die soziale Verbrüderung und an die Revolution.

Unterrichtet, wie er durch das viele Lesen war, hatte er, von schneller Auffassungsgabe begünstigt, in dem Umfange mit Marche-Seul seinen Geschichtskreis wunderbar erweitert. Er mußte es und fühlte darum für ihn hohe Achtung und unbegrenzte Verehrung.

Dort in den geheimen Gesellschaften hatte er ihn kennen gelernt zu einer Zeit, in welcher die Meisten sich seines schroffen Wesens wegen von ihm zurückgezogen, obwohl sie die Charakterstärke und Festigkeit des Schussbüchlers der Rue

Ein Geschenkurf, betreffend die Immunität der Reichstags-Abgeordneten, ist soeben dem Reichstage vorgegangen, der als vierten Absatz den Zusatz bringt, daß bei einer Verletzung, welche 30 Tage übersteigt, § 31 keine Anwendung finde, und zur Klarstellung des Art. 31 der Reichsverfassung über dessen Aufhebung sich anlässlich des Falls Schmidt-Rittwieda (Sozialdemokrat) ein Zwiespalt der Meinungen erhoben hat, d. h. Art. 31 besagt: Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. Durch Verletzung des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Einzelhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Man scheint hiermit der unliebsamen Debatte über das Verhalten des Chemnitzer Gerichts die Spitze abzubrechen zu wollen. Leider scheint nach den Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ selbst die freisinnige Partei geneigt, hierzu die Hand zu bieten, statt vor allem auf einer Sühne für die Mißachtung des Reichstages zu bestehen.

**Die Erklärung der monarchischen Diktatur** erklart die amtliche sächsische „Leipziger Zeitung“ in dem kaiserlichen Spruch: regis voluntas suprema lex. Sie spricht zwar von den „Verdunkelungsversuchen“ „gewisser Kreise“, die absolutistische Neigungen aus jenem Spruche herauslesen wollen. Hiergegen führt das Regierungsblatt die Erklärung des Kaisers in seiner Thronrede vom 27. Juni 1888 an, in welcher er sich gegen Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte verwahrt. Aus jenem Spruch werden die Anhänger der staatlichen Ordnung „nicht mehr herauslesen, als die Bestätigung der allerseits getheilten Ueberzeugung, daß in dieser Zeit der Zerkünderheit die Aufrechterhaltung der obersten Staatsautorität gegenüber den Mächten des Umsturzes und der Verneinung nothwendiger ist, denn jemals“.

Niemals, so fährt die „Leipziger Zeitung“ fort, so verstehen wir die kaiserlichen Worte weiter, hatten die staatsverhaltenden Elemente so dringend Ursache, sich um den Thron ihrer Fürsten zu scharen. Die Zeiten, wo man sich um die Theilung der Gewalten zwischen der Krone und Volkverteilung stritt, sind vorüber. Die beiderseitigen Rechte und Pflichten sind festgelegt in der beschworenen Verfassung. Nicht mehr um die staatsrechtliche Form, sondern um die Reform unseres ganzen Volkslebens handelt es sich heute. Nicht parlamentarische Verfassungsfragen, sondern die Sorge, wie es der bereinrendende Korruption Herr werden soll, regen unser Volk bis in seine innersten Tiefen auf. Wer den Pulsschlag der Zeit fühlt, weiß es, und alle Kundgebungen, die in den Hauptstädten des Reichs jetzt erfolgen, beweisen es, wie unser Volk gleichgiltig gegen diese längst gelösten Verfassungsfragen geworden ist, wie jetzt nur das Streben nach ständiger und wirtschaftlicher Wiedergesundung und der Widerstand gegen eine ihm aufgedrängte fremde Moral sein ganzes Sinnen und Denken erfüllt. Mögen daher Andere das Stöckchen parlamentarischer Macht- und Verfassungsfragen weiter reiten, das deutsche Volk hat jetzt wichtigere Fragen zu lösen und baut dabei auf die mächtige Hilfe seines Herrschers, dessen suprema lex, wie er nachgerade durch die That zur Genüge bewiesen hat, trotz alledem die salus publica ist.

Die „Leipziger Zeitung“ liest aus den kaiserlichen Worten gerade noch mehr heraus, als irgend welche oppositionelle Blätter, nämlich das Verlangen nach der Diktatur. Sie theilt dieses Verlangen, sie hält sie für nothwendig, sie ist überzeugt, daß sie zum allgemeinen Besten führt — wir wollen hierüber mit dem konservativen Blatt nicht streiten — aber Diktatur ist Diktatur, auch die beste und wohlwollendste, und ihr entgegen steht vorläufig noch das verfassungsmäßige Recht. Das sächsische Regierungsblatt hat den Vorzug vor allen anderen konservativen Blättern, sein eigenes Verlangen nach absolutem Regiment aus den kaiserlichen Worten herauszulesen.

**Die Polizei** kann gegen den „gemeinen Mann“ nicht scharf genug vorgehen; kein Hahn kräht danach, wenn sie bei Volksansammlungen ein noch so brädes Verfahren beobachtet; im Gegentheil wird dann ihr „strammes“ Wesen besonders gerühmt. Werden Uebergriffe von Polizeibeamten gerügt, oder gar gerichtlich geahndet, dann erheben sich

Golond kannten. Er hatte sich ihm vielleicht gerade darum angeschlossen.

Von der ersten Stunde an hatte er gefühlt, daß dieser Mann viel geliebt haben mußte, und er hatte ihn aufrichtig beklagt.

Als er ihn aber erst näher kannte, hatte er ihn bewundert, weil er kein Mensch war, der gelegentlich ein zweites Gesicht zur Schau trug. Leiden, Trauer und der Haß des Proletariats hatten ihn geschult und gebildet.

Michel war sein rechter Arm geworden; er holte sich von ihm in allen Dingen Rath.

Auf einer Rednertribüne durfte er, während seine sonore und vibrierende Stimme erschallte und die Zuhörer packte, seine Augen nur fest auf diejenigen Marche-Seul's gerichtet halten. Ein einziges Zeichen seiner Billigung war ihm genug, wenn er über eine der brennenden Tagesfragen sprach. Er erfreute sich eines großen Rufes und Einflusses und blieb darum um so bescheidener, wie es alle Diejenigen sein sollten, welche ohne Hintergedanken ihre Thätigkeit und ihr Leben — einer großen Sache — widmen. Marche-Seul fühlte, daß er dort auf der Thürschwelle nicht unbeweglich stehen bleiben konnte, ohne Michel in Verlegenheit zu setzen. Da entriß sich dieser seinen schmerzlichen Betrachtungen erhob den Kopf und sah ihn an, während Marche-Seul näher trat und langsam seine Hände auf Michels Schultern legte.

Dieser sprang, aus seinen Träumen aufgestört, lebhaft auf; er erröthete tief bei dem Anblick seines Freundes.

— Sie hier, Bürger! ich erwartete Sie zu dieser Stunde nicht; aber es ist in der That merkwürdig, sagte er mit gesenktem Auge hinzu, daß ich Sie nicht eintreten hörte. Ist es lange her, daß Sie hier sind?

— Nein, ich bin soeben eingetreten und da ich Sie durch das Schaufenster mit jener Uhr sehr beschäftigt sah, zog ich leise die Thür zu, um Sie nicht zu stören. Als Marche-Seul dann die Verlegenheit Michels sah, über dessen Wangen noch zwei große Thränen flossen, wendete er sich um und nahm einen Stuhl. Der Uhrmacher beugte sich heimlich die Thränen zu trocknen, er erschien nun ruhig und kaltblütig.

Klagen, daß der Dienstleister der Polizei dadurch Einbuße erleide, und es wird, wie es noch jüngst geschah, beklagt, daß der sächsische Reichstag dem milderen Herzthum hat weichen müssen. Das Bild ändert sich aber sofort, wenn das stramme Aussehen der Polizei ein wenig die „Gebildeten“ und Gutsituirten genirt. Als bei der Durchreise Bismarck's sich auf dem Bahnhofe eine Anzahl Bismarck-Kubeter und studentische Rabaukräuter zusammendrängten, haben die Polizeibeamten die gewohnten Sperrmaßregeln getroffen. Da erhebt nun nicht nur die Bismarck'sche, sondern auch die freisinnige Presse herzerquickende Klage über die „Polizei“, die nicht für das seine Publikum extra Glace-Handschuhe anzieht. Wir haben am wenigsten Anlaß, die deutsche Polizeipraxis zu loben; die Polizei ist mehr gewohnt, sich als Herrin denn als Dienerin des Publikums zu betrachten; wer aber diese Polizeipraxis gegenüber der großen Volksmasse gutheißt, darf sich nicht darüber beklagen, daß sie auch ihm gegenüber in Anwendung kommt.

**Ueber die Aufgaben der evangelischen Kirche** im sozialen Gebiete hat der preussische Oberkirchenrath in die Generalsynode eine Art Enzyklika erlassen. Gegenüber den Buhpredigten konservativer und liberaler Blätter in der letzten Zeit erscheint hier alles im richtigen Lichte, nur noch Religion fehlt und der Schutzherr der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie. Staat und Bourgeoisie thun Alles, die Arbeiter zu befriedigen. Der Oberkirchenrath giebt folgende Schilderung:

Mit dem Bestreben der für das tägliche Brot arbeitenden Bevölkerung, Besserung ihrer Lage und Schutz gegen Entlassung zu erreichen, hat sich ein bewußter und planvoller Ansturm nicht allein gegen diese oder jene Uebelstände in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, sondern gegen ihre ethischen und menschlichen Grundlagen und damit zugleich gegen Christenthum und Religion überhaupt verbunden, und in weiten Kreisen fehlt die Einsicht, daß die Sünde die Wurzel alles Übels ist und die Gottlosigkeit zu allen Dingen führt. Die Abwehr solchen Ansturms, verbunden mit der Ermahnung, berechnete Wünsche zu erfüllen, nimmt die weitesten Kreise in Anspruch. Nicht ohne Erfolg ist der Versuch unternommen worden, die Arbeiter und ihre Familien gegen Ueberbürdung, Ausbeutung, Wohnungsnoth, Gesundheitsbeschädigung zu schützen, bei Unfall, Erkrankung, Siedelung und Altersschwäche ihre Versorgung zu sichern und die friedliche Regelung entstandener Konflikte zwischen Brotherrn und Arbeitern zu regeln. Vieles wird hierdurch gebessert werden und, seit an die Spitze dieser Bestrebungen persönlich der Landesherr getreten ist, weitestern mit den Organen der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung zahlreiche Vereine und Genossenschaften, um aufdauernder und opferwilliger als bisher an der Lösung der zahlreichen sozialen Fragen mitzuwirken.

Auch die Kirche habe hierzu mitzubehelfen und vor allem die Seelsorge zu pflegen. Mit Dank erfüllt den Oberkirchenrath das vertrauensvolle und heilsame Zusammenwirken der amtlichen Organe und der freien Vereinsthätigkeit, wobei selbstverständlich alle jene Vereine verstanden werden, die von oben herab die Arbeiter reformiren wollen. Wir wollen den Oberkirchenrath in den sauesten Träumen, in die er sich einläßt, nicht stören.

**Die Deportation nach den Kolonien** wurde in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Abtheilung Berlin, am Montag Abend diskutiert. Wir haben Kolonien, warum drehen wir nicht auch Verbrecher dorthin deportiren? Darum drehte sich die ganze Debatte. Mit den Kolonialwärtern, die sich bei der Niederschiebung der „Wilden“ und an der Niederbrennung der Hütten derselben von „patriotischem“ Stolz geloben fühlen, die Frage des Rechts und der Humanität zu erörtern, fühlten wir keine Neigung. Wenn aber in jener Diskussion auch die Frage, ob die Deportirten nicht die freie Ansiedlung schädigen, mit einem Hinweis auf die Erfahrungen beantwortet wurde, die England mit Neu-Süd-Wales gemacht hat, wo die freie Ansiedlung sich dadurch nicht hat aufhalten lassen und die Kolonie auf die gegenwärtige Höhe gebracht hat, so möchten wir uns unfererseits nur die Gegenfrage stellen, wo denn in den deutschen Kolonien auf freie Ansiedlungen zu rechnen ist? Die Deportirten würden dort die willenlosen Sklaven der Handelspekulanten sein, und deren Milde und Gnade möchten wir selbst den schwersten Verbrecher nicht überliefern.

— Mein lieber Michel, ich habe auf Sie gerechnet. Sie sollen mir einen großen Dienst erweisen, und ich habe denn die Zeit drängt.

Was ich auszuführen entschlossen bin, kann ich nicht verschließen.

— Sie wissen wohl, daß Sie auf mich rechnen können, Bürger Deshommes, sprechen Sie in aller Ruhe!

— Nun gut, ich brauche für heute Abend Ihre Wohnung.

— Wie, nichts weiter als das, erwiderte traurig lächelnd Michel, Sie wissen wohl, daß Sie über mich und all' mein Hab und Gut jeder Zeit verfügen können.

Wollen Sie politische Freunde hier versammeln? fragte er.

— Nein Michel, es werden hier nur Ihre Mutter, Charlotte und Paricette, Mijoulet, Robert Guibal und eine Frau zusammenkommen.

In dieser Versammlung soll von Politik nicht die Rede sein, sagte Marche-Seul seufzend hinzu. Aber verlängern Sie vorläufig keine weitere Erklärung.

Ich kann also auf Sie rechnen! Wird Ihre Mutter dadurch nicht gestört werden?

— Wie wäre das möglich? Sie wird im Gegentheil nur zu glücklich sein, Ihre Gesellschaft zu genießen; glauben Sie denn, daß sie das vergessen hat, was Sie für mich gethan haben, als Sie mich, den Verwundeten, auf dem Boulevard des Capucines aufhoben und mich in Ihrer Wohnung pflegten?

— Gut, gut, wir wollen davon nicht mehr sprechen, unterbrach ihn Marche-Seul, welcher düster wurde. Er konnte sich nicht ohne Schanden daran erinnern, daß er es war, welcher die Soldaten zum Feuern gereizt hatte, und daß dieser Betrug Michel, Paricette und so viele Andere die schrecklichen Wunden verdankten, welche sie erhalten hatten. Er strich mit der Hand über die Stirn, als wollte er diese düstere, fürchtbare Erinnerung verwaschen. Dann erhob er sich, um zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)



Der Schweizer Bundesrath wird dem Ständerath in Verfassungsgesetz über die Einführung des Zündhölzchen-Monopols zugeben lassen. Im Deutschen Reich ist die Herrschaft von St. Mandher noch zu mächtig, als daß Wahrgenommen werden könnten, zahlreiche Arbeiter, und vorzugsweise Frauen und Kinder, der schrecklichen Nekrose, der Herzkränkung durch Phosphorvergiftung zu entziehen. Dafür leben wir auch im Reiche der „Sozialreform“.

**Is Lafargue Franzose oder Ausländer?**  
Diese Frage beschäftigt, wie uns unser Pariser Korrespondent unterm 16. d. M. schreibt, gegenwärtig die gesamte Presse Frankreichs. Was gäbe die Regierung nicht dafür, wenn die Biller Wahl für ungültig erklärt werden könnte. Mit Recht fragt Manc, der unter dem Kaiserreich viel mit Lafargue verkehrte, ob man diese Frage aufgeworfen hätte, wenn derselbe ein gemäßigter Republikaner oder selbst ein Radikaler gewesen wäre. Dabei darf man nicht vergessen, daß Manc, gegenwärtig Senator, selbst ein gemäßigter Republikaner ist, und in seinem Blatte „Paris“ für Trepasse eingetreten war. Seine Meinung darf daher sicherlich als eine in dieser Frage höchst unparteiische betrachtet werden. Hören wir also, was er darüber zu sagen hat. „Ich habe, schreibt er in der heutigen Nummer seines Blattes, Lafargue unter dem Kaiserreich gekannt, wie ihn Alle kannten, welche Kampfpolitik trieben. Nie und nimmermehr ist Jemandem von uns die Idee gekommen, nimmermehr ist Jemandem von uns die Idee gekommen, laienliche Regierung, wenn er ein ausländischer Student gewesen wäre, nicht erlangt hätte, ihn nach dem Vättcher Kongresse (infolge dessen er bekanntlich von den Universitäten ausgeschlossen wurde) auszuweisen, hat er vollkommen Recht. Das man nicht zu dieser Zeit eine gründliche, in die kleinsten Details eingehende Enquete über alle am Kongress theilhaftig gewesen Studenten veranstaltet! Wenn wegen irgend eines Formmangels die Wahl Lafargue's laßtirt würde, dann würde man sagen, daß die Kammer den Repräsentanten des Sozialismus treffen wollte.“ Wenn dem noch etwas beizufügen wäre, so höchstens noch die Frage, ob man die Nationalität Lafargue's aufgeworfen hätte, wenn er anstatt ein Schwiegerjohn Marx zu sein, etwa ein Schwiegerjohn Rakoff's gewesen wäre? —

**Zum Streik der französischen Grubenarbeiter**  
wird uns aus Paris, den 16. November, geschrieben:  
Seit heute früh ruht die Arbeit in sämtlichen Gruben des Kohlenbeckens von Pas-de-Calais. In der gestrigen in Paris stattgehabten Delegirtenversammlung der Grubenarbeiter, in welcher die abschlägige Antwort der Grubenarbeitsgesellschaften auf die ihnen am vorigen Montag vom Generalsekretär des Bergarbeiter-Syndikats von Pas-de-Calais übermittelten Forderungen zur Verlesung gelangte, hat sich nämlich die Majorität der Delegirten für den allgemeinen Streik ausgesprochen und demgemäß auch für denselben gestimmt. Daraufhin hat sich auch die Minorität, an deren Spitze der regierungsfreundliche Arbeiter-Abgeordnete Basly steht, dem Votum gefügt, in Folge dessen dem heute nur eine höchst unbedeutende Zahl von Arbeitern in die Gruben eingefahren ist. Allen Anschein nach dürften morgen nicht nur diese Arbeiter fehlen, sondern derselbe Fall auch in den Gruben des Norddepartements eintreten, da sich die Majorität der Grubenarbeiter von Aische und Escarpelle ebenfalls bereits für den Streik erklärt hat. Folgt nun diesem Beispiele auch das Grubenproletariat der Loire was nach den Erklärungen des Generalsekretärs des dortigen Arbeiter-Syndikats höchst wahrscheinlich ist, dann ist der Generalstreik der französischen Grubenarbeiter fertig.  
Sollte dies aber auch nicht der Fall sein und der Streik selbst auf die Kohlenbeden von Pas-de-Calais beschränkt bleiben, was aber fast ausgeschlossen ist, würde er dennoch nicht viel von seiner Bedeutung verlieren, da die im Pas-de-Calais gelegenen Gruben allein über 40 000 Personen beschäftigen und somit mehr als den dritten Theil sämtlicher Kohlengruben, die der offiziellen Statistik zufolge im Ganzen ein Personal von 104 959 zählen, von welchen 69 791 Männer und 43 265 Kinder, d. i. 74 116 Personen innerhalb der Gruben beschäftigt sind und 24 115 Männer, 3338 Frauen und 3392 Kinder, d. i. 30 843 Personen, außerhalb der Gruben arbeiten.

Selbstverständlich wird auch bei diesem Streik derselbe Mawwan, der beim Streik der Glasarbeiter, wie überhaupt bei allen Streiks, hier sowohl als in Deutschland und allen sonstigen Ländern eine so große Rolle spielt, die aus-ländische Konkurrenz, seine bekannnten Sprünge machen. Es wird uns darum auch nicht verwundern, wenn die kapitalistischen Blätter Telegramme und Zuschriften aus Belgien, Deutschland und England bringen, um den Nachweis zu führen, daß dieser Streik vom Ausland angeführt wurde. Und werden die Streikenden gar von ihren ausländischen Genossen unterstützt, was jedenfalls zu wünschen ist, dann werden sie nicht genug Thränen über den Mangel an Patriotismus der französischen Grubenarbeiter vergießen können. Davon aber, daß die Grubengesellschaften die Forderungen ihrer Arbeiter, wenn schon nicht aus Gründen der Billigkeit, so doch aus Patriotismus erfüllen sollten, davon wird in diesen Blättern sicherlich nichts zu finden sein. Die Arbeiter sollen wohl aus Patriotismus sich abradern, aus Patriotismus Hunger leiden, aber beliebt nicht das Ausbeutenthum auch nur ein Prozent von seiner Profitrate verlieren. Der Patriotismus hört bei diesem Parasitenthum nicht nur beim Geldsack auf, sondern es hat auch noch die Unverschämtheit, zu verlangen, daß das Proletariat denselben aus Patriotismus über alle Maßen füllen heisse.

Daß die Grubengesellschaften den Forderungen ihrer Arbeiter nachkommen könnten, wenn ihnen der Profit hunger nicht jedes Gefühl von Recht und Billigkeit rauben würde, das zeigt u. A. die letzte Bilanz der Grubengesellschaft von Lens. Danach erzielte die Gesellschaft im abgelassenen Jahre einen Ertrag von 6 294 889 Frks. 92 Cent. Davon wurden für Amortisation und Reservesfonds 2 883 632 Frks. 99 Cent. und für Aktiensteuer 138 795 Frks. verwendet. Es verblieb somit ein Reinertrag von rund 3 300 000 Frks., der den Aktionären zuzufloß, die zusammen 3000 Aktien besitzen, auf welchen je 300 Frks. eingezahlt wurden. Es entfiel demnach ein Profit von ca. 1100 Frks. auf jede Aktie von 300 Frks., was ungefähr 370 pCt. ausmacht. Kein Wunder darum, daß die Aktien dieser Grubengesellschaft mit 25 000 Frks., sage und schreibe fünfundsundzwanzig Tausend Franks, notirt werden. Wo bleibt da der Patriotismus? Warum lärmten da nicht die Blätter über die unpatriotische Handlungsweise der Aktionäre, die aus Profitwuth die Arbeiter zum Streik treiben und so den französischen

Kohlenmarkt dem Auslande überliefern? Ueber diesen Punkt schweigen sich aber die Blätter, die den Arbeitern gegenüber geradezu von Patriotismus triefen, gründlich aus. Und dann wundern sich die Herren, daß man ihren Patriotismus so unrespectfölich behandelt!

**König Milan will jetzt in aller Form seine Entfugung auf alle Rechte auf den Thron, von dem er verjagt wurde, unterschreiben, selbstverständlich gegen bare Verapung. Das serbische Volk wird sich hoffentlich hüten, nachdem es ihn losgeworden, ihm noch mehr Geld nachzuwerfen. —**

## Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hielt heute Abend eine Fraktions-sitzung ab, in welcher die Angelegenheit des Abgeordneten Schmidt-Sachsen zur Sprache kam. Es wurde beschlossen, und zwar unter Zustimmung Schmidt's, einen Antrag auf Einstellung des vom Chemnitzer Landgericht gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens nicht zu stellen, sondern die Angelegenheit weiter gehen zu lassen und abzuwarten, was das Reichsgericht auf die eingelegte Revision thun werde. Bekanntlich hat das Reichsgericht den schon vor Jahr und Tag gegen den Abg. Schappel beschlossenen Einstellungsbefehl des Reichstags respektirt und während des seitdem zweimal eingetretenen mehrmonatlichen Verhandlungen des Reichstags keine Entscheidung getroffen. Das Reichsgericht läßt aber nunmehr in die Lage zu entscheiden, ob das Chemnitzer Landgericht im Sinne des § 31 der Verfassung handelte, als es gegen den Abg. Schmidt so wie geschehen vorging. Allerdings wurde nicht verkannt, daß das Reichsgericht einer Entscheidung dadurch aus dem Wege gehen könne, daß es die Revisionseinstellung auf die lange Bank schiebt, d. h. bis zum Schluß der Session verlagert. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, daß durch den Antrag des Bundesrathes zur Verschlechterung des § 31 der Verfassung ausreichend Gelegenheit gegeben sei, den Fall Schmidt und ähnliche Fälle zum Gegenstand der Erörterung zu machen.

Im Weiteren beriet die Fraktion eine Reihe von Abänderungsanträgen zum Krankenversicherungs-Gesetzentwurf.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

**Fast verdreifacht hat sich die Zahl der Stimmen, welche im Verhältnis zur 1890er Wahl diesmal bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen für die Sozialdemokratie abgegeben worden sind. Dies ergibt aus folgendem Tableau:**

	Soz.-Dem.	Liberalen	Bürgerpartei (Konf.)
1890er Wahl	5 597	7 403	5 599
1890er „	15 791	11 682	5 483
	+ 10 197	+ 4 279	— 50

Unsere Partei erhielt also nur 1854 Stimmen weniger als die Liberalen und Konserwativen zusammengenommen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 32 938, davon erhielten die Liberalen und Konserwativen zusammen 17 145, die Sozialdemokraten, wie oben bemerkt, 15 791.

**Bei der Gemeinderaths-Wahl in Gera wurden sieben Sozialdemokraten gewählt, darunter der Parteigenosse Köbiger.**

Unsere wackeren Parteigenossen in dem thüringischen Manchesler ein donnerndes Bravo für ihre Thätigkeit, welcher die Partei diesen glänzenden Sieg verdankt!

**Mag Baginski, der Redakteur des „Proletarier“, war bekanntlich vom Schweidnitzer Landgericht wegen einer Reihe von Presvergehen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er legte gegen das Urtheil beim Reichsgericht Revision ein, welche auch für begründet erachtet wurde und die Aufhebung des Urtheils und Zurückverweisung der Sache an das Schweidnitzer Landgericht zur Folge hatte. Das Landgericht hat nun bezüglich eines Punktes auf Freisprechung erkannt und infolgedessen die Gesamtstrafe auf 1 Jahr 3 Monate Gefängniß gelöst.**

**Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags fordert die Parteigenossen auf, diejenigen Erkenntnisse bezüglich Allenstände von Behörden, mittelst deren sie mit Beschwerden abgewiesen worden sind, eiligst an August Kadon, Marktgrafenstr. 16, Dresden, gelangen zu lassen; ferner, soweit bezüglich der Beschwerden der vorgeschriebene Instanzenzug bis an die Ministerien erschöpft ist, umgehend Beschwerden an den sächsischen Landtag zu richten.**

**Die Sozialdemokraten Wandsbeck stellen zu den bevorstehenden Kommunalwahlen zwei Kandidaten auf; dieselben verpflichteten sich, für folgendes Programm einzutreten: Herabsetzung des Zensus zu den Wahlen für die Gemeindevertretung, gerechtere Verteilung der Kommunalabgaben, Reform des Volks-Schulunterrichts: a) Unentgeltlichkeit sämtlicher Lehrmittel, b) Mehreinstellung tüchtiger Lehrkräfte und bessere Besoldung des Lehrpersonals, c) Neueintheilung der Klassen in der Weise, daß nicht mehr als 40 Kinder pro Lehrkraft kommen, d) Errichtung einer Selekta, e) Anstellung eines Schularztes, Errichtung städtischer Bade-Anstalten, deren Benutzung kostenfrei ist, Fortfall des Submissionswesens, Uebernahme aller Unternehmungen öffentlichen Charakters auf die Stadt, Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages und eines den heutigen Kulturverhältnissen angemessenen Minimallohnes für alle im städtischen Dienst beschäftigten Arbeiter, Ausbesserung der Gehälter der unteren Beamten, Befreiung der Unkosten für Beerdigungen und Grabsstätten, Neuordnung der Armenpflege, Ausbau der öffentlichen Promenaden und Anlagen, Oeffentlichkeit aller Kollegien-sitzungen.**

**Wpolda.** In der am 15. November stattgehabten öffentlichen Parteiversammlung wurde Genosse August Baudert zum Vertrauensmann gewählt. — In dem am 16. November stattgehabten Erfahrungswahlen vom Gemeinderath hiesiger Stadt hatte die „Bürgervereingung“ unter ihren 8 Kandidaten auch zwei unserer Parteigenossen auf der Liste, unter den 8 Gewählten befand sich Genosse August Baudert mit 993 Stimmen, die nächstmeisten Stimmen (921) erhielt Genosse Emil Wunderlich, während Oberamtsrichter Vinzenz Barth 22, zwischen 500—600 Stimmen erhielten.

**Der erste Parteitag der Sozialdemokratie des Saarreviers, welcher am 16. November in Dudweiler stattfinden sollte und zu welchem aus 62 Ortschaften ca. 300 Vertreter erschienen waren, wurde, noch ehe er begonnen hatte, aufgelöst. Die Ursache war folgende: Der Zutritt war nur gegen Einlosharten gestattet, da es sich um eine Parteikonferenz, nicht um eine allgemeine Partei- oder Volksversammlung handelte. Diese Einlosharten waren an die Vertreter vorher verhandelt, und an der Kasse sollte für die Kosten, welche Karten-Druck, Porto u. s. w. erforderten, von jedem Zugelassenen 20 Pfennig Eintrittsgeld erhoben werden. Der Polizeikommissar verlangte nun, daß nicht nur die mit Karten versehenen Personen, sondern ein**

jeder, der es wünsche, in den Saal gelassen werde, so lange, bis eben der Saal voll sei, denn es sei eine öffentliche Versammlung bei der Polizei angemeldet. Ferner müsse das Erheben des Eintrittsgeldes unterbleiben, weil dasselbe eine Kollekte darstelle, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich, aber nicht erteilt sei. Der Einberufer der Versammlung, Genosse Braun, machte den Beamten darauf aufmerksam, daß nicht die Polizei, sondern er, der Einberufer, darüber zu befinden habe, wer in den Saal komme, und er habe bestimmt, nur Karten-Inhaber zuzulassen, nehme diese Bestimmung auch nicht zurück. Uebrigens sei bei der Polizei nicht eine öffentliche Versammlung angemeldet, sondern dem Wortlaut des Vereinsgesetzes entsprechend, „eine Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden sollen“, die Erhebung des Eintrittsgeldes sei keine Kollekte, da der Beitrag bestimmt feststehe, — es würden 20 Pf. von jedem erhoben; ferner deshalb keine Kollekte, weil dieser Betrag von nur höchstens 350 Personen erhoben werde, die eine ihnen mit der Einladung zugegangene Zulasskarte dem Kassirer am Eingang vorzeigen könnten. Der Herr Kommissar drohte zweimal mit Anstößung, wenn nicht seiner Ansicht nach verfahren werde, und Genosse Braun erklärte, er sei nicht gewillt, die Unterhaltung fortzusetzen; nicht der Kommissar, sondern der Leiter der Versammlung habe zu bestimmen, wer hineinlassen solle. — Nunmehr erhob er die Versammlung. Das brausende „Bravo“ — ein anderes Wort wurde nicht laut — welches hierauf den Saal erfüllte, beantwortete der Kommissar mit den Worten: „Das ist Tumult!“; er erklärte hiermit die Versammlung für aufgelöst.“ Braum schloß nunmehr mit einem Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie. So endete der erste Parteitag der Sozialdemokratie an der Saar! Eine halbe Stunde darnach versammelten sich die „Aufgelösten“ wieder zu einer gemütlichen Unterhaltung, bei welcher beiläufig auch für 31 M. Agitations-schriften verkauft wurden.

**Wegen des Verfahrens des Polizeibeamten ist bereits Beschwerde geführt.**

**Justimmungs-Erklärungen zu den Parteitag-Beschlüssen.** Reuschel, Finthen, Jost i. L., Koburg.

**Betheiligungen an den Gemeinderaths-Wahlen.** Waldbe Solingen, Großenhain.

**In Leipzig hat sich der sozialdemokratische Verein mit Leipzig konstituiert.**

**Mainz, 17. Nov.** In einer öffentlichen Parteiversammlung, welche gestern Abend im „Weißen Köpchen“ stattfand, wurde Genosse Karl Konrad einstimmig als Vertrauensmann der hiesigen Genossen wiedergewählt. Auf den ungetragenen Ortschaften, so in Rombach, Finthen, Kotheln u. haben Volksversammlungen stattgefunden, in denen die Genossen Jost und Konrad über den Ersteren Parteitag Bericht erstatteten und überall fand eine Resolution, welche die Beschlüsse des Kongresses und das Verhalten der Delegirten gutheißt, Annahme ohne Widerspruch.

**Schweinfurt, 16. November.** Eine öffentliche Parteiversammlung, in welcher Genosse Hühner aus Nürnberg über den Parteitag Bericht erstattete, fand am 14. d. M. im „Löwen“ statt. Nach Schluß des Beserats wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige sozialdemokratische Parteiversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Beserats vollständig einverstanden; sie mißbilligt das Vorgehen der Berliner Opposition und erklärt, mit allen Mitteln für die Verwirklichung der auf dem Parteitag gefaßten Beschlüsse eintreten zu wollen.“ Zum Vertrauensmann wurde einstimmig der Parteigenosse Rodel gewählt.

**Den Briefträgern Belgien** ist bekanntlich vom Ministerium verboten worden, an Versammlungen theilzunehmen, in denen ihre Berufsverhältnisse u. besprochen werden. In der Kammer interpellirte nun der Arbeitervertreter Janjon den Minister über die Ursache des Verbots und erhielt darauf die folgende Antwort, das Verbot sei deshalb ergangen, weil die Versammlungen organisiert seien und von sozialistischen Briefträgern geleitet würden.

„Sie gleichen sich alle, die Minister der Bourgeoisstaaten, wie ein Ei dem andern!“

**In der gestrigen Notiz über die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtags ist leider der Produktionshändler Horn nicht aufgeführt. Derselbe vertritt den Wahlkreis Tharandt-Land.**

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

**Wegen Tragens republikanischer Abzeichen** war bekanntlich der Maurer Bege aus Striesen vom Dresdener Schöffengericht zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden, weil er beim Begräbnis eines Parteigenossen dem Zuge einen Kater vorangetragen hatte, zu dessen Herstellung nur rothe Blumen verwendet sein sollten. Bege sowohl wie dessen Entlassungsgenossen, unter welchen sich sogar der betreffende Gärtner befand, erklärten zwar, es seien zu dem Anker nicht nur rothe, sondern auch weiße Blumen verwendet worden, die Schöffen legten aber auf das gegenwärtige eidliche Zeugniß von drei Genarmen mehr Werth. Der Beurtheilte legte darauf beim Landgericht Berufung ein und da er noch mehrere Zeugen, und zwar solche beibringen konnte, welche nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören, so sprach ihn das Landgericht kostenlos frei. Hättselbst bleibt es nun, wie die drei Genarmen eidlich bezeugen konnten, daß sich in dem Anker nur rothe Blumen befunden hätten.

## Theater.

**Das Wallner-Theater** hatte vorgestern Abend einen wirklich großen Erfolg zu verzeichnen. Es wurde dort so viel und herzlich gelacht, wie selten und es wäre wirklich zu wünschen, wenn der Erfolg diesmal ein nachhaltiger sein möchte. Es handelt sich um einen übermäßigen französischen Schwank von Barriere und Gendarme, der sich in den ausgelassensten Verwickelungen und Verwickelungen abspielt. Das ist ein Durcheinanderwirbeln auf Treppen und in den Zimmern, daß man Räthe hat, der Handlung zu folgen, und kaum Zeit findet, die überaus gelungene Inszenierung zu bewundern. Die Herren Weisner, Gimnig und Gutberg übertrafen sich diesmal selbst, während die Damen weniger hervortraten. Der lustige Schwank führt den Titel „Immer gestreut“ und ist von Franz Wallner bearbeitet. Dem Stücke ging ein harmloser Ginatter voraus.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. N. 20.** Ein noch nicht 20 Jahre alter Mann kann nur mit besonderer, durch den Justizminister zu ertheilender Erlaubniß heirathen.

**N. L. Mein,** solche Vorstellung wird am Todtensonntag polizeilich nicht gestattet.

**Nr. 115 Thau.** Zur Beantwortung ihrer Frage ist nähere Anklärung erforderlich. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**N. G.** Die Mutter und jeder der Geschwister erben je den den neunten Theil.











Konstanz worden ist. Im Frankfurter Viertel tritt auch, wie eine Lokalcorrespondenz berichtet, eine Masern-Epidemie heftig auf, die eine große Anzahl Kinder auf das Krankenlager geworfen hat, und leider macht sich auch hier wieder Diphtheritis sehr bemerkbar. — Die Unbill der Witterung scheint auf die Influenza übrigen wenig Einfluss zu haben, denn es ist durch die Ärzte festgestellt worden, daß die Pferdebahn- und Omnibusbeamten, die ja Tags über den Unbilden des Wetters ausgesetzt sind, fast gar nicht von der Influenza zu leiden gehabt haben.

In Erschreckungsgefahr befanden sich gestern früh die in der Weberstraße 25 im vierten Stockwerk wohnhaften Görs'schen Eheleute. Dieselben haben gemeinschaftlich einen Korridor mit einer Familie, welche aus sechs Personen besteht, unter denen sich zwei Kinder im zarten Alter befinden, inne. Bei diesen Leuten war nun gestern Morgen in dem nach der Weberstraße hinausgehenden Zimmer, und zwar in einem Verschlage desselben, der mit schmutziger Wäsche vollgepackt war, auf bisher noch nicht ermittelte Weise Feuer entstanden, welches so schnell um sich griff, daß die gegen 1/7 Uhr durch den Rauch aus dem Schlafe aufgeschreckten Leute gerade noch Zeit hatten, sich anzukleiden und in Sicherheit zu bringen. Sie stürzten auf die Straße und alarmierten die Feuerwehr, die bei ihrem Eintreffen auf Befragen erfuhr, daß alle Personen aus der obersten Etage in Sicherheit gebracht seien. Die Görs'schen Eheleute hatten die Nachbarn in ihrer Befürchtung vergessen; jene wurden vielmehr erst entdeckt, als die Sappeure durch den verqualmten Korridor vordrangen, um nachzuschauen, ob in den verlassenen Räumen sich nicht noch irgendwo eine Person befände. Da vernahmen sie ein schwaches Hilfeschreien; sie anazierten nun, nachdem sie die brennenden Türen notwendig abgesehen hatten, am Fußboden kriechend nach der Wohnung der Görs'schen Eheleute. Auf den Ruf des Sappeurs: „Ist noch jemand hier?“ meldete sich Herr Görs; als die Mannschaften eindringen, war er bereits bewusstlos. Von einem weiteren Oberfeuerwehmann wurde er durch den dichten Qualm die Treppe hinuntergetragen, auf gleiche Weise wurde seine Frau dem sicheren Tode entzogen; sie erholten sich unter den Bemühungen der Samariter schnell und erzählten, daß sie am Ende ihrer Kräfte gewesen wären, als die Feuerwehr erschien. Die Wohnung, in welcher das Feuer ausgebrochen, ist total ausgebrannt, doch ist der Schaden durch Versicherung gedeckt.

Ein Hotelschwindler ist in der Person des „Schriftstellers“ Dr. phil. B. wegen Betruges verhaftet worden. Der völlig mittellose Mann logierte sich in einem hiesigen Hotel ein und wußte sich dadurch Kredit zu verschaffen, daß er dem Inhaber des Hotels verspiegelte, er erwarte von seinem Vater eine größere Geldsendung. Außerdem hat er mehrere Goldarbeiter um Schmuckgegenstände beschwindelt, welche er unter kleinen Anzahlungen auf Kredit entnahm und — seiner Angabe gemäß — an Damen verschickte, deren Namen er verschweigelt. Diesen Geschäftsleuten gegenüber legitimierte sich B. durch einen Militärapap. Da sich unter den angeblich verschickten Schmuckgegenständen auch ein Dauring befindet und B. verheiratet ist, so fragte man ihn, was er mit diesem gemacht habe. B. erwiderte darauf, daß man ihn doch nicht hindern könne, sich von Neuem zu verheiraten, er bot auch den Ring an eine Dame verschickt. Zweifellos hat der Betrüger die Schmuckgegenstände veräußert und den Erlös in seinem Nutzen verwandt.

Ein schrecklicher Tod hat der an der schwarzen Brücke zu Kollberge Nidersdorf wohnhafte Bergmann Branning gefunden. B., ein verheirateter Mann, in den besten Jahren, Vater von 6 Kindern, war am 14. d. Mts., Morgens 8 Uhr, in dem Kloosliedenbruch mit mehreren Kameraden am Fuße einer gegen 50 Meter hohen Felswand beschäftigt, als plötzlich, wahrscheinlich infolge des letzten Regenwetters, der obere Teil der Felswand in Bewegung gerieth und eine große Menge Gestein und Geröll von der Höhe herabstürzte. Den Kameraden des B. gelang es, sich zu retten, aber B. wurde von dem Geröll über den Kopf getroffen und dabei getötet. Die Leiche wurde sofort von den Kameraden in Sicherheit gebracht und nach dem Hause des B. gebracht. Die Leiche wurde sofort von den Kameraden in Sicherheit gebracht und nach dem Hause des B. gebracht.

Eine ganz gefährliche Räuberin ist am Montag in der Person der 38 Jahre alten unverschämten Peter im Norden der Stadt verhaftet worden. Dieselbe hatte sich seit Jahresfrist lediglich darauf gelegt, jungen Kindern das ihnen von den Eltern anvertraute Geld mit Gewalt zu entreißen und daher in fast allen Stadtgegenden ein gewisses Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen. Ungeachtet der vielfachen Warnungen in der Presse verstand es die Peter, Fall auf Fall zu häufen, ohne daß sie bisher ergriffen werden konnte. Unzählige Fälle sind zur Anzeige gekommen, und es liegt daher schon ein sehr umfangreiches Verhaftungsmaterial vor. Trotzdem glaubt man, daß noch nicht alle Straftaten der Genannten zur Kenntnis der Behörden gebracht worden sind. Die Peter, welche übrigens eine mit Zuchthaus vielfach vorbestrafte Person ist, gesteht im großen Ganzen das ihr zur Last gelegte Treiben zu.

Nicht Herr Gustav Sabor, sondern Herr Wilhelm Sabor ist zum Stadtverordneten für den 26. Bezirk gewählt worden.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Mittags wurde auf dem Ödritzer Güterbahnhofe der Bahnarbeiter Steil von einem Rangirer überfahren und sofort getödtet. — Nachmittags und Abends fanden vier Brände statt. — Am 18. d. M. Morgens wurde in der Müllerstraße, am Courbière-Parl der Arbeiter Grenzfelder auf dem Wege zur Arbeit vom Blutsprung befallen und verstarb auf der Stelle.

## Gerichts-Zeitung.

Es ist ein im großen Publikum weit verbreiteter Irrthum, daß gewöhnlich angenommen wird, man sei berechtigt, einem bestraften Menschen die Thatfache seiner Verurteilung bei passender oder unpassender Gelegenheit in beleidigender Form vorzuhalten und Jemand, der einmal Zuchthausstrafe erlitten hat, dritten Personen gegenüber als „Zuchthausbruder“ zu bezeichnen. Daß dies in der That ein Verbrechen ist, ist aus dem Verlaufe einer gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Privatklage des Schauspielers bzw. Kritikers E. gegen den Schauspieler R. Kläger wie Angeklagter waren f. J. im hiesigen Universum thätig, Kontrurrenzverbot scheint aber ein feindseliges Verhältnis zwischen Beiden hervorgezogen zu haben. Der Privatkläger hatte nun das Unglück gehabt, im Jahre 1896 zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt zu werden, welche er im Jahre 1871 verbüßt hat. Seitdem hat er sich einwandfrei geführt. Die Thatfache seiner Verurteilung wurde aber seinem Gegner bekannt und er machte unter beleidigenden Seitenhieben von dieser Thatfache dritten Personen gegenüber Gebrauch. Als er eines Tages von einem Bekannten gestraft wurde, ob er nicht dem internationalen Kritikerverbande beitreten wolle, verneinte er dies, indem er unter Hinweis auf den Privat-

Kläger bemerkte, daß er keinem Verbands angehören könne und wolle, in dessen Vorstand ein Zuchthausbruder sich befindet. Da der Privatkläger vor diesen wörtlichen Nachstellungen des Angeklagten keine Ruhe mehr hatte, reichte er die Privatklage ein, in welcher er zugeben mußte, vor 20 Jahren überdies im Zuchthaus gewesen zu haben. Dieses Geständnis benutzte der Angeklagte abermals, um beleidigende Auslegungen gegen den Privatkläger vom Stapel zu lassen. Er behauptete, daß er doch nichts weiter als die Wahrheit verbreitet habe, und dafür nicht bestraft werden könne. — Rechtsanwalt Leopold Meyer, als Vertreter des Klägers, wies auf den vollständigen Irrthum in dieser Auffassung hin und empfahl, in diesem Falle von einer Geldstrafe abzusehen und auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen. Er betonte, daß sowohl von staatlichen als auch von privaten Institutionen bekanntlich alles Mögliche gethan wird, um ehemaligen Strafgefangenen den Wiedereintritt in das Leben zu erleichtern und ihnen Gelegenheit zum Erwerbe zu geben (V.). Er erinnerte daran, daß manchmal auch schon Polizeibeamte im Disziplinarwege bestraft worden sind, wenn sie die ihnen obliegende Kontrolle nicht mit der gebührenden Umsicht und Discretion ausübten. Diesem humanitären Streben entspreche es durchaus nicht, wenn in so beleidigender Absicht, wie es in diesem Falle geschehen, einem seit 20 Jahren ehrlich sich haltenden Manne gegenüber eine Vorstrafe aus dem Ansehen der Gesellschaft hervorgezogen wird. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf 2 Wochen Gefängnis.

Der Kellner Robert Behold, welcher seit Jahren Zuhälterdienste leistet, wurde gestern von der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurtheilt. Besonders erschwerend fiel gegen ihn ins Gewicht, daß derselbe ein bis dahin unbescholtenes Mädchen auf Abwege gebracht, um sich von demselben ernähren zu lassen.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gestern der Schuhmacher Wilhelm Krausch wegen Majestätsbeleidigung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurtheilt.

Kran Becker, die am 27. v. M. wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, hat gestern ihre Strafe angetreten.

## Soziale Uebersicht.

Die ortsanwesende Bevölkerung Preußens besitzte sich nach dem nunmehr vorliegenden endgiltigen Ergebnis der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1890 auf 29 955 281 Personen, worunter 14 702 151 männliche Personen (49,060 pCt. gegen 49,0620 pCt. im Jahre 1885) befanden. Hinter dem am 21. Februar dieses Jahres bekannt gegebenen vorläufigen Zählungsergebnis bleibt das endgiltige nur um den geringfügigen Betrag von 2021 zurück. In der ortsanwesenden Bevölkerung sind 22 173 aktive Militärpersonen mitenthalten. Der Staatsangehörigkeit nach, die von 1157 Personen nicht angegeben war, theilt sich die Bevölkerung Preußens in 29 789 046 Reichsangehörige und 164 789 Reichsausländer; die Zahl der Letzteren betrug 1885: 156 909. — Unter der Gesamtbevölkerung befaßten sich 19 230 375 Evangelische, 10 252 807 Katholiken, 65 951 andere Christen, 372 068 Juden und 4890 Personen anderer und unbekannter Bekenntnisse; gegenüber den Ergebnissen der 1885er Zählung haben die Katholiken und die anderen Christen eine Verstärkung, die Evangelischen und die Juden eine Verminderung ihres Antheils an der Gesamtbevölkerung erfahren. — Lassen nun hier die ortsanwesende Bevölkerung nach Provinzen und Regierungsbezirken folgen:

Provinz	Bevölkerung	Evangelische	Katholiken	andere Christen	Juden	andere
Preußen	29 955 281	14 702 151	10 252 807	65 951	372 068	4 890
I. Ostpreußen	1 958 083	935 895	1 022 708			
II. Westpreußen	1 438 681	702 522	731 159			
III. Stadtkreis Berlin	1 578 794	759 623	819 171			
IV. Brandenburg	2 541 783	1 256 712	1 285 071			
V. Pommern	1 520 889	741 829	779 260			
VI. Posen	1 751 649	839 068	911 984			
VII. Schlesien	4 224 458	1 990 700	2 234 759			
VIII. Sachsen	2 580 010	1 273 662	1 306 318			
IX. Schleswig-Holstein	1 217 437	618 476	600 961			
X. Hannover	2 278 381	1 157 008	1 141 353			
XI. Westfalen	2 428 661	1 240 494	1 188 167			
XII. Hessen-Nassau	1 664 426	809 241	855 185			
XIII. Rheinland	4 710 391	2 358 085	2 352 306			
XIV. Lotharingen	66 085	31 466	34 619			

Regierungsbezirk	Bevölkerung	Evangelische	Katholiken	andere Christen	Juden	andere
1. Königsberg	1 179 149	558 080	614 069			
2. Gumbinnen	786 514	377 815	408 699			
3. Marienburg	589 178	285 849	303 527			
4. Danzig	844 505	416 673	427 832			
5. Stadtkreis Berlin	1 578 794	759 623	819 171			
6. Potsdam	1 404 626	705 204	699 422			
7. Frankfurt	1 137 157	531 508	585 649			
8. Stettin	749 017	367 625	381 392			
9. Köslin	563 569	273 686	289 883			
10. Stralsund	208 308	100 315	107 985			
11. Posen	1 126 591	582 867	593 724			
12. Bromberg	625 051	306 791	318 260			
13. Posen	1 599 322	781 413	847 909			
14. Posen	1 047 405	494 457	552 908			
15. Oppeln	1 577 731	753 790	823 941			
16. Magdeburg	1 071 421	534 936	536 782			
17. Merseburg	1 075 569	531 302	544 267			
18. Erfurt	483 020	207 751	225 269			
19. Schleiswig	1 217 437	618 476	600 961			
20. Hannover	526 212	262 063	263 819			
21. Hildesheim	478 263	235 160	241 103			
22. Lüneburg	450 093	211 689	208 404			
23. Stade	338 195	170 684	167 511			
24. Osnabrück	299 478	149 500	149 978			
25. Aurich	218 120	107 592	110 528			
26. Münster	596 241	272 432	293 809			
27. Minden	549 709	272 117	277 592			
28. Hildesheim	1 342 711	683 943	648 766			
29. Hildesheim	820 988	396 444	424 544			
30. Hildesheim	843 438	412 797	430 641			
31. Koblenz	653 688	314 594	319 044			
32. Düsseldorf	1 973 115	968 157	979 958			
33. Köln	827 074	411 396	415 678			
34. Aachen	711 998	357 745	354 253			
35. Aachen	564 506	281 143	283 423			
36. Sigmaringen	66 085	31 466	34 619			

Ans München wird der „Vollzug“ gemeldet, daß das Direktorium der Kammer ein Gesetz der unabhängigen Buchdrucker, auf die militärische Hilfeleistung für die Landtags-Druckarbeiten zu verzichten, ablehnte.

In Dresden hatten die Buchdruckergehilfen Henke, Steinbrück und Kämpfe an das Kriegsministerium eine Eingabe gerichtet des Inhalts, es solle das in der V. G. Leubner'schen Buchdruckerei beschäftigte Militär zurückgezogen werden. Infolge dieser Eingabe wurden die drei Gehilfen vom sächsischen Kriegsminister in Audienz empfangen und ihnen mitgeteilt, daß Militär nur soweit zur Herstellung von Druckarbeiten verwendet werde, als es Staatsbedürfnisse betrieft; so solle es auch in Zukunft bleiben. Die Militärpersonen dürften nicht einmal zum Anzogen-

sch des „Journal“ verwendet werden. Auf die Mitteilung, daß auch in anderen Druckerien bereits Soldaten sich mit Tuchen beschäftigten, äußerte der Minister, daß er dies untersuchen würde.

Die Schuhmannschaft Bayerns richtete eine Bitte an die kgl. Staatsregierung und die Abgeordnetenkammer um Ordnung resp. Verbesserung ihrer äußeren (schlechten materiellen) Lage. Es finden sich in der dem Wittgensteiner gelegten Tabelle der Gehälter der Polizeimannschaft 73 Orte, wo der Gehalt zwischen 600—800 M. variiert; 117 Orte bleiben sogar noch unter 600 M. zurück.

Im Departement Pas de Calais befinden sich über 33 000 Bergleute im Streik. Der Generalkonvent im Departement du Nord steht bevor; die Arbeiter der Gruben in Dognies haben schon damit begonnen. Die Streikenden sind mit Subsistenzmitteln reichlich versehen. Infolge des Ausstandes stellen die Gruben in Lens die Lieferung von Kohlen nach Paris vollständig ein, worauf die Pariser Industriellen sich um Kohlen nach Belgien und England wandten. Der Minister hatte mit den Vertretern der Bergwerksgesellschaften des Departements Pas de Calais eine Besprechung, die aber wohl schwerlich zu positiven Resultaten führen wird. Mittheilungen darüber liegen noch nicht vor.

In Marseille streikten die Arbeiter der Zündholzfabrik, weil man es verweigerte, ihnen anstatt französisches Holz russisches Holz zu liefern. Das französische Holz soll schwerer zu bearbeiten sein.

## Versammlungen.

Für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am 17. d. M. eine öffentliche sozialdemokratische Volksversammlung in dem völlig überfüllten Saale der Bauerei Königsplatz statt. Trotzdem die Hitze aus dem Lokale entströmen worden waren, wurde dasselbe doch polizeilich abgesperrt. Die Verhandlungen begannen mit der Berichterstattung der Revisoren Rogge, Griesentrog und Schulz. Ueber deren Bericht entspann sich eine längere, theilweise sehr erregte Debatte, die mit Annahme eines Antrags endete, daß die Revisoren eine nochmalige Revision vornehmen sollten, um über die verschiedenen von ihnen demängelt Punkte (Fehlen von Belegen, welche nach Darlegung Niedermeyer's nach bereits früher statigehabter Revision vernichtet worden seien) Klarheit zu gewinnen. — Großen Jubel rief das hierauf bekannt gegebene Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen hervor. Als Mitglied der Kommission wurde für den 5. Wahlkreis Genosse Rogge gewählt. Der vorgeschriebene Abend angeländigt Vortrag Stadthagen's auf dessen Wunsch bis zur nächsten Versammlung.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 14. Bezirk tagte am 16. November in Seydler's Salon, Mantelstr. 9. Als Referent war der Kandidat des Bezirks, Rechtsanwalt Arthur Stadthagen, erschienen. Derselbe geistelte in scharfer Weise das Gebahren der freisinnigen und Bürgerpartei gegenüber der Arbeiterpartei, und forderte die Arbeiterpartei auf, bei der Wahl mit ganzer Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie zu wirken. Nach dem Referat, welches stürmischen, lang anhaltenden Beifall fand, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden erklärten und am Tage der Wahl mit aller Kraft für den Sieg des Kandidaten der Arbeiterpartei einzutreten versprachen, um dadurch energisch Protest einzulegen gegen das Gebahren der freisinnigen Majorität, wie es gelegentlich der Reichstagsdebatten in der Stadtverordneten-Versammlung sich bemerkt gemacht hat.

Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten des Bezirks wurde die von circa 400 Personen besucht gewesene Versammlung geschlossen.

Zwei Versammlungen der Gassanfalls- und Arbeiter Berlin fanden am 8. bezw. 15. November statt. In beiden referierte Herr Wilhelm Schwarze über die Lage jener Arbeiter. In der ersten Versammlung kritisierte der genannte Redner u. A. sehr scharf das Verhalten eines in der Gassanfall am Stralauer Platz angestellten Inspektors, welcher in Wilmersdorf vor einiger Zeit einen Arbeiter entlassen habe, weil derselbe ohne Erlaubnis des Kolonnenführers in einer Toiletation ein Glas Bier getrunken hätte, was im Ganzen nur zwei bis drei Minuten Zeit in Anspruch nahm. Derselbe Inspektor habe aber am gleichen Tage ebenfalls in einer Toiletation und zwar längere Zeit verweilt. Herr Schwarze war der Meinung, daß dieser Inspektor logischer Weise nun auch entlassen werden müsse. Für Abhilfe der Uebelstände empfahl der Redner die Organisation der Gassanfalls- und Arbeiter, gemäß den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung und dem gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, worin sich die Versammelten mit dem Referenten voll und ganz einverstanden erklärten und sich zum Anschluß an die Sozialdemokratie verpflichteten, welche allein im Stande sei, Mittel zu schaffen, ferner verpflichteten sich die Anwesenden, einen zu gründenden Verein der Gassanfalls-Arbeiter und Berufsgenossen beizutreten. — In der zweiten Versammlung theilte Herr Schwarze mit, daß die Leitung der Gassanfälle den von ihr beschäftigten Arbeitern den Besuch der Versammlung bei Strafe der Entlassung verboten habe und er aus der Gassanfall am Stralauer Platz entlassen worden sei. Der Inspektor habe ihm erklärt, daß er als Aufsichtler in seiner hiesigen Gassanfall mehr Arbeit erhalten werde. Nachdem ein Referat über die Arbeiterverhältnisse, in welchem auch zur thätigsten Theilnahme an der Stadtverordneten-Wahl aufgefordert worden war, nahm die Versammlung eine Resolution an, die den Ausführungen des Referenten stimmte, die oben erwähnten Anmerkungen des betr. Inspektors Herrn Schwarze gegenüber auf das Entschiedenste verurtheilte und sich verpflichtete, sich durch die Androhung der Entlassung nicht von Beitritt zu den neuen Verein abreden zu lassen. Weiter verpflichteten sich die Anwesenden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß bei der Stadtverordneten-Wahl die Sozialdemokratie siege. Nachdem noch eine Kommission zur Beratung der Statuten gewählt worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. (Nach unserer Meinung würde der Ausschluß der Gassanfalls- und Arbeiter an eine der bereits bestehenden Organisationen der niedermittelständigen Arbeiter der Errichtung einer neuen Organisation nach jeder Richtung hin vorzuziehen sein. Red. d. „Borm.“)

Die Weisgerber hielten am 17. November eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Drapp über den Stand des Streiks referierte. Nach den Ausführungen des Redners ist eine Verschlechterung der Situation eingetreten, und zwar dadurch, daß der Fabrikant Schwarzmann den Arbeitern erklärt hat, er könne für eine bestimmte Sorte Zeile statt früher 4,75 M. nur noch 4,25 M. zahlen. Wenn die Leute die Arbeit für diesen Preis herstellen wollten, so würde er Tausende von Ballen fabriciren lassen. Wenn das nicht geschehe, müsse er die Hälfte der Arbeiter entlassen. Die Verschlechterung der Arbeit für diesen Preis ist aber nicht möglich und so dürfte die Zahl der Streikenden noch weiter anwachsen. Außerdem ist durch Einstellung von ungelerten Arbeitern und Beschäftigen seitens der gesperrten Firmen, sowie dadurch, daß die Fabrikanten die Waaren außerhalb anfertigen lassen, eine Verschlechterung der Lage eingetreten. In der sehr langen Debatte wurde noch der Versuch des Fabrik-







**Vermischtes.**

**Hamburg, 18. November.** Beim Bau des Fischereihafens explodirte gestern Abend infolge Herausfliegens eines Auswaschpfeifens der Keßel einer Lokomotive. Zwei Maschinenisten und ein Heizer wurden schwer verbrüht und sind im Laufe der Nacht im Hospital gestorben.

**Kaufsch (Meiningen), 19. November.** Hier herrscht große Erregung infolge eines schrecklichen Mordes und Selbstmordes. Der Wägenergelle Hermann Jakob erdroffelte seine Geliebte Paula Wenke in deren Kammer und erschoss sich dann selbst.

**Breslau.** Einer hiesigen Brauereibesitzer Wittwe wurde, während sie im Sterben lag, der ganze Nachlaß, bestehend aus 20 000 M. in Werthpapieren, 1000 M. in Goldsachen und 600 M. baar muthmaßlich gestohlen; wenigstens ist die ganze Hinterlassenschaft plötzlich spurlos verschwunden.

**Danzig.** Der Rathsdienersohn Bohnsd aus Mecklenburg sollte den 16jährigen Knaben Görlich hierher transportieren, um ihn in die Zwangs-Erziehungsanstalt in Konradshammer bei Ostta einzuliefern. Auf der Strecke zwischen Platom und Konig öffnete der an Hand und Fuß gefesselte Görlich plötzlich die Thür des Kupess und sprang bei voller Fahrgeschwindigkeit aus demselben ins Freie. Der Sprung führte aber seinen Tod herbei.

**Winterthur, 16. November.** Die hiesige Kreditbank hat heute ihre Insolvenzerklärung eingereicht, der Direktor derselben ist verhaftet worden. Infolge der durch das Bankromment entstandenen Panik wurden heute von zahlreichen Personen bei anderen hiesigen Banken die Depots zurückgefordert.

**Freiburg i. Baden, 18. November.** Gestern Abend gegen 7 Uhr fand in den südwestlich gelegenen Ortshäusern eine heftige Erderschütterung statt. Alles wurde in schwingende Bewegung gesetzt; die Leute fürzten erschreckt aus den Häusern.

**Sosnowice, 18. November.** In der Kohlengrube „Jergy“ wurden durch Herabfallen der Schicht fünf Vergleute verschüttet.

**Der Prozeß Loufar in Jnaim (Mähren) ist beendet.** Derselbe bildete die Fortsetzung des Prozesses gegen Karl Fufatich, welcher letzterer wegen Schwermordes vom Schwurgericht in Jnaim zum Tode durch den Strang verurtheilt worden war. Fufatich gab vor, den Fleischergesellen Richard Loufar zu dieser That gedungen zu haben. Infolge dieser Beschuldigung wurde Loufar vor das Schwurgericht gestellt, nach fünfjähriger aufrechter Verhandlung jedoch mit 8 gegen 4 Stimmen freigesprochen.

**Warschau, 17. Novbr.** In der Stadt Wysznieryce (Gouv. Radom) wurden durch eine große Feuersbrunst 160 Gebäude eingäschert. Der Schaden ist bedeutend. Hunderte von Familien lagern auf den Feldern.

**Liverpool.** Ein durch besondere Brutalität sich auszeichnender Mord wurde letzter Tage in Liverpool begangen. John Millar hatte mit seiner Frau die Nacht Schnaps getrunken und sich dann mit ihr herumgestritten. Am anderen Morgen wurde die Frau todt auf dem Fußboden ihres Zimmers gefunden. Sie war von ihrem Manne todigekretet worden. Die Stiefel und Hosen derselben waren, als er verhaftet wurde, mit Blut beschnitten. Millar hatte kein Geschäft. Nach dem Polizeibericht gehört er der in England zahlreichste Klasse der „loafer“ (Wunder) an.

**Alexandrien.** Vergangenen Sonntag brach der Mahmudieh-Kanal. Das Wasser ergoß sich in den unterirdischen Kanal der Abkürzungs-Gesellschaft und füllte den See Mareotis. In Alexandrien wird Wassermangel herrschen, bis die Reparaturen vollendet sind. Der Schaden wird auf 10 000 Pfr. geschätzt.

**Das große Mißverhältniß zwischen der Zahl der Männer und Frauen in England und namentlich in London bildete letzter Tage den Gegenstand eines interessanten Vortrages, den Miss Clara Collet in Londoner Stadttheater Kingston hielt. Die gegebene Statistik, welche im großen Ganzen nicht bezweifelt werden kann, enthüllt ein furchtbares Bild des in London herrschenden heimlichen sozialen Elends. Im Stadttheile Kingston kommen auf 100 unverheiratete Frauen im Alter von 35-45 Jahren 100 unverheiratete Männer im gleichen Alter, in Hackney 200 Frauen auf 100 Männer, in Lewisham 325 auf 100 und in Kensington 378 Frauen auf 100 Männer. Miss Collet brachte insbesondere einen bisher nicht stark hervorgehobenen Punkt zur Sprache, nämlich daß die Mißverhältnisse unverheirateter Mädchen des mittleren Standes, welche gezwungen sind, zum Einkommen ihrer Familie beizutragen, meist schlechteren Lohn bekommen als die in Fabriken angestellten Arbeiterinnen. Miss Collet meint mit Recht, auch in dieser Beziehung könne nur Organisation helfen.**

**Eigentumsvorbehalt bei Ratenzahlungen.** Eine prinzipielle Entscheidung hat das königl. Landgericht München als Berufungsinstanz getroffen. Es handelte sich darum, ob die Firma G. Reidlinger, welche die Original-Singer-Nähmaschinen der Singer Manufacturing Co. in New-York in eigenen Namen verkauft, mit Recht den Eigentumsvorbehalt bis zur gänzlichen Bezahlung bedingen kann. Das Schöffengericht hat diese Frage in einem Urtheil verneint, weil Reidlinger nicht selbst Eigentümer der Maschinen sei und demzufolge sich auch kein Eigentumsrecht vorbehalten könne. Auf erfolgte Berufung seitens des Antragsanwalts hat nun das Landgericht das schöffengerichtliche Urtheil verworfen und entschieden, daß der Eigentumsvorbehalt von Reidlinger mit vollem Recht gemacht werden kann. In der Urtheilsbegründung wird ausgeführt, daß das Verhältniß zwischen Konsignat (Ausstatter) und Konsignatar (Beauftragter) vom Richter falsch aufgefaßt worden sei, denn der Konsignatar, welcher in seinem Namen rechtsgültig Eigentum überträgt und über die Konsignationswaare wie über seine eigene verfügt, ist auch berechtigt, beim Verkauf der Waare an die Uebertragung des Eigentums einschränkende Bedingungen zu knüpfen, im vorliegenden Fall den Eigentumsvorbehalt bis zur gänzlichen Bezahlung der Maschine. Uebrigens gehe das Verhältniß zwischen Konsignat und Konsignatar den Drittkäufer gar nichts an und hat dieser sich lediglich an den mit dem Konsignatar, hier Reidlinger, abgeschlossenen Kaufvertrag zu halten.

**Das non plus ultra von Heirathsvermittlung** leistete sich ein Kaufmann in Breslau, welcher seinen Kommiss beauftragte, ihm eine Frau zu verschaffen. Derselbe entledigte sich seines Auftrages prompt, indem er in ein Breslauer Blatt folgende Annonce einrücken ließ:

Ich suche für meinen Prinzipal! Wittwer o. Kinder, 42 Jahr, angenehmes Aeußere und gut. Charakter, eine Lebensgefährtin. Damen oder Wittwen nicht über 30 Jahr, 3 bis 4000 M. Vermögen (zur Vergrößerung der Fabrik). Damen, den an einer wirklich glücklichen Ehe gelegen ist, können sich vertrauensvoll an mich wenden, da ich schon Jahre lang bei dem Herrn in Stellung bin und Ihnen nur empfehlen kann.

Wenn es noch eine größere Profanierung des sogenannten heiligen Ehestandes giebt, dann streichen wir die Segel in Betreff unserer Ansichten über die moderne Prostitution.

**Briefkasten der Redaktion.**

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Card mitzubringen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt.

**H. S., Wangenstraße.** Die Kinder müssen für den Lebensunterhalt der wegen Geisteskrankheit erwerbsunfähigen Mutter aufkommen und werden seiner Zeit vom Magistrate in Anspruch genommen werden, sofern sie, ohne ihren eigenen und ihrer Familie notwendigen Unterhalt zu gefährden, zu Unterstützungen nicht zulässig.

**H. K., Schulftr. 34.** Lohndarrest ist wegen solcher Schulden nicht zulässig.

**Leck, Wdg.** Auch in Preußen werden Sie eine Ehescheidung schwerlich durchziehen können. Mit gegenseitiger Einwilligung, welche in Ihrem Falle nicht voraussetzen scheint, können nur kinderlose Ehen geschieden werden. Wegen einseitiger Abneigung kann nur in Ausnahmefällen geschieden werden, wenn für diese Abneigung sehr gewichtige Gründe dem Gericht nachgewiesen werden. In diesem Falle wird auch der Kläger für den schuldigen Theil erklärt und muß seiner Ehefrau nach ihrer Wahl entweder den sechsten Theil seines Vermögens oder lebenslängliche Rente gemäße Mimente zahlen. Auf Grund östlicher Verfassung endlich könnten Sie allenfalls Klagen, wenn Ihre Frau einem gerichtlichen

Befehle, Ihnen nach hier zu folgen, nicht nachkommen. In diesem Falle müßten Sie aber Ihrer Frau das Nöthige verschaffen, und dieselbe könnte auch der Klage mit der inwande begegnen, daß Sie nicht die Absicht gehabt haben, das eheliche Leben fortzuführen, daß also der Rückkehrbefehl nur zum Scheine von Ihnen erbraut worden sei.

**H. A.** Unseres Erachtens brauchen die Oerklaffen für Zahnplomben nicht anzufordern; das sind keine Heilmittel.

**G. R. Th. 38.** Bis zu 300 M. jährlich.

**H. Th.** Die Alimentenforderungen können höchstens, soweit sie bis inkl. 1886 fällig waren, verjährt sein. Aber auch hinsichtlich der früheren Klagen trat die Verjährung nicht ein, wenn der Aufenthalt des Vaters unbekannt war. Wenn der Vater die Erziehung des Kindes selbst übernehmen will, ihm aber die Betrauung verweigert wird, so hört von dann an seine Alimentationspflicht auf.

**G. P., Sebastianstraße.** Sie brauchen dem Wirth mit denjenigen Werth zu ersetzen, welchen die Ampel, als Sie dieselbe zerbrachen, hatte, nicht den Werth einer ganz neuen.

**A. S., Poststraße.** Ein Maurerlehrling kann für die Zeit, während welcher er wegen eines Unfalls arbeitsunfähig war, keinen Wochenlohn beanspruchen.

**2. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung am 18. November 1891, Nachmittags.  
Kur die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Lohn-Gewinn)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 149 359 416 717 49 839 941 89) and prize amounts (e.g., 30000, 27 43 449).

**2. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung am 18. November 1891, Nachmittags.  
Kur die Gewinne über 210 Mark hat den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Lohn-Gewinn)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 80 106 40 59 236 39 96) and prize amounts (e.g., 30000, 553 75 751 81 808 75).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 809 17 3000, 93031 48 53 50) and prize amounts (e.g., 230 91 452 69 796 911 61 08).